

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
§ 1 Das Verfassungsrecht und die Welt der Impfgegner	1
A. Impfgegnerschaft – eine Typologie	6
B. Verfassungsrecht, szientistisches Weltverständnis und abweichende Sinnmuster	9
I. Verfassung, öffentliche Vernunft und nicht-moderne und nicht-szientistische Sinnmuster	9
II. Zwischen dem Selbstverständnis und der Schutzfunktion des Verfassungsrechts	12
III. Gefahr der szientistischen Engführung des Verfassungsrechts	16
IV. »Governance«-Modus, instrumentelle Vernunft und der Sinn für Humanität	19
C. Die Deutung des Impfvorgangs: Gefahr einer hegemonialen Bevormundung der Grundrechtsträger	23
I. Hegemoniale oder kultursensible Grundrechtsinterpretation?	24
II. Notwendigkeit einer kultursensiblen Grundrechtsinterpretation	26
D. Gefahr der Remoralisierung verfassungsrechtlicher Diskurse	30
E. Verfassung, demokratische Politik und Impfgegnerschaft	33
I. Staat, Demokratie und Anti-Rationalismus	33
II. Die Prominenz von Vulnerabilitätsnarrativen	35
III. Vorübergehende Notmaßnahme oder Weg in die Bio-Gouvernementalität?	37
F. Die lange Tradition unterschiedlicher Deutungen staatlicher Pflichtimpfungen – ein kurzer Überblick	39

§ 2 Verfassungsrecht, Entscheidung unter Unsicherheit und Risikokulturen	43
A. Konzept der Risikokultur	43
I. Entscheiden unter Unsicherheitsbedingungen	43
II. Teildimensionen einer Risikokultur	45
B. Pandemieentwicklung und risikokulturelle Deutungsmuster	47
I. Frühe Pandemiepolitik: enges, tutoristisches und zentralistisches Risikoverständnis	47
II. Keine Diskussion über Risikokulturen	48
III. Paradoxe Unterschiede in der epidemiologischen und der immunologischen Risikodeutung	50
C. Impfpflichtdiskussion, Unsicherheit und risikokulturelle Differenz	51
I. Wirksamkeit, Wirkeffekte und Sicherheit der Impfung	51
II. Risiken der weiteren Pandemieentwicklung	53
III. Impfpflicht und soziopolitische Reaktionen	56
D. Verfassungsrecht, Entscheiden in Unsicherheitslagen und risikokulturelle Differenzen	57
I. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Plausibilisierung eines Risikoszenarios	58
II. Verfassungsrecht und Risikokulturen	60
§ 3 Gesundheitsethische Begründungsmöglichkeiten einer Impfpflicht – ein Überblick	63
A. Gerechtigkeit/Justice	64
I. Schädigungsverbot	64
II. Verantwortungsmodell	68
III. Soziale Gerechtigkeit	68
IV. Fairer Beitrag zur Bereitstellung eines »Collective Good«	69
B. Kontraktualistische Ansätze zur Begründung einer Impfpflicht	73
C. Solidarität: Pflichtimpfung als institutionalisierte Solidarität?	74
D. Impfpflicht als Maßnahme der öffentlichen Gesundheitspolitik (»Public Health«)	77
E. Zwischenfazit	80

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
§ 4 Struktur und Gewicht der Grundrechtspositionen	83	
A. Notwendigkeit der Differenzierung	83	
B. Ethisch getragene Impfgegnerschaft: Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	84	
C. Körperliche Identität und Impfgegnerschaft: Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG	85	
D. Impfskepsis und sonstige Formen der Impfgegnerschaft: Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	87	
E. Berührung der Menschenwürde?	89	
F. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Grundrechtspraxis	92	
§ 5 Völker- und europarechtlicher Rahmen	97	
A. Streben nach hohen Gesundheitsstandards, einschließlich des Zugangs zu Impfstoffen	97	
I. »Public Health«-Bedeutung von Impfprogrammen	97	
II. Politische Zielsetzung: Hohes Impfniveau	100	
III. Regelungen über die Grenzen von Pflicht- und Zwangseingriffen ...	103	
B. Rechtsprechung des EGMR	105	
§ 6 Die Rechtfertigung einer Impfpflicht – vom Schädigungsverbot bis zu »Public Health«-Argumenten ...	109	
A. Notwendigkeit einer methodengerechten Verhältnismäßigkeitsabwägung	109	
B. Untermaßverbot: Verfassungsrechtliche Pflicht zur Schaffung einer allgemeinen Impfpflicht?	110	
C. Übermaßverbot (I): Geeignetheit und Erforderlichkeit einer allgemeinen Impfpflicht	111	
I. Gesetzgeberische Ziele	112	
1. Kennzeichen gängiger Rechtfertigungsansätze: Abstraktheit, Undifferenziertheit, Absolutheit	112	
2. Unstatthaftigkeit eines reinen Paternalismus	112	
3. Schädigungsverbot – Solidarität – Fairness	113	
4. »Public Health«-Anliegen	113	
a) Bekämpfung eines gefährlichen Virus	113	

b) Resilienzsteigerung und Schutz des Gesundheitssystems	115
c) Herdenimmunität	116
d) Nachgelagerte Zielsetzung: Verzicht auf Bewegungs- und Kontaktbeschränkungen	117
II. Geeignetheit einer allgemeinen Impfpflicht?	118
1. Virologische, immunologische und epidemiologische Effektivität der Impfung	120
a) Pandemiekämpfungsnutzen	120
b) Medizinische Nachteile und Folgekosten	123
2. Rechtlich-administrative Effektivität der Impfpflicht	125
3. Notwendigkeit einer kumulierten Betrachtung	128
III. Erforderlichkeit: Relation des konkreten Nutzens zu anderen	
Handlungsoptionen	129
1. Notwendigkeit eines konkreten Nutzen-Vergleichs verschiedener Handlungsoptionen	129
2. Impfpflicht ist nicht Teil eines »Maßnahmenbündels« und muss isoliert gerechtfertigt werden	130
3. BVerfG: Zwangseingriffe in den Körper nur, wenn mildere Mittel »aussichtslos« sind	132
4. Bislang: Spekulativen Behauptungen zur Erforderlichkeit einer allgemeinen Impfpflicht	133
5. Unutlichkeit der Rücknahme der verfassungsgerichtlichen Kontrolldichte	137
D. Übermaßverbot (II): Angemessenheit	138
I. Maßstäbe einer verfassungskonformen Abwägung	138
1. Notwendigkeit der Ermittlung und Abwägung der konkreten Wirkungen der zu rechtfertigenden Maßnahme	139
2. Abwägungsleitlinien – Vorgaben der Rechtsprechung des BVerfG	141
a) <i>In dubio pro libertate</i> – insbesondere bei prognostischen Unsicherheiten	141
b) Implikationen der Entscheidung »Recht auf Krankheit«	142
aa) Bemühenobligieheit um Zustimmung	143
bb) Notwendigkeit eines deutlichen Überwiegens des erwarteten Nutzens	144
cc) Ethische Verankerung des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper	144
c) Relevanz des subjektiven Körperverständnisses	145
II. Impfpflicht und ethisch motivierte Gegnerschaft	147
1. Das Gewicht religiöser oder gewissensgestützter Ablehnungsgründe ..	147
2. Menschenrechtliche und rechtsvergleichende Erwägungen	150
3. Notwendigkeit einer Befreiungsmöglichkeit	150

III. Impfpflicht und identitätspsychologisch getragene Impfgegnerschaft	151
1. Das Gewicht identitätspsychologisch getragener Ablehnungsgründe	151
2. Notwendigkeit einer Befreiungsmöglichkeit	153
IV. Impfpflicht, Impfskepsis und sonstige Formen der Impfgegnerschaft	154
1. Grundrechte und Risikomanagement	154
2. Grundrechtliche Anerkennung des Vorsichtsprinzips	155
3. Gegenwärtig keine hinreichende »Public Health«-Rechtfertigung	157
4. Vorrangigkeit spezifischer Maßnahmen	161
5. Die Bedeutung des Durchsetzungs- und Sanktionsregimes	162
§ 7 Zusammenfassung der Ergebnisse	165
Literaturverzeichnis	167
Stichwortverzeichnis	175